

Klimabericht verfälscht

Ministerien verbreiten eigene Version einer UN-Analyse

Im Streit um die richtigen Maßnahmen gegen den globalen Klimawandel ist manchen Behörden offenbar jedes Mittel recht, um die eigene Sicht der Dinge durchzusetzen. So hat die Bundesregierung wichtige Aussagen des UN-Klimaberichts, die im Widerspruch zur eigenen Energiepolitik stehen, falsch wiedergegeben oder sogar ganz weggelassen. Der Weltklimarat der Vereinten Nationen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) hatte am 14. April den letzten Teil des Weltklimaberichts veröffentlicht, in dem es um Maßnahmen gegen die Erderwär-

VON DANIEL WETZEL

mung geht. Darin stellen die Experten unter anderem fest, dass in einem Emissionshandelssystem „andere Maßnahmen wie die Subventionierung erneuerbarer Energien keinen weiteren Einfluss auf den gesamten CO₂-Ausstoß innerhalb der Emissionshandelsperiode haben“. Vereinfacht gesagt: Ein Nebeneinander von Emissionshandel und Ökostrom-Subventionen ergibt keinen Sinn.

In der einzigen deutschsprachigen Zusammenfassung dieses Berichts findet sich diese für die deutsche Energiepolitik wichtige Aussage jedoch nicht wieder. Dort heißt es stattdessen, dass „der Emissionshandel die Wirkung anderer Maßnahmen beeinträchtigt, es sei denn, die Anzahl der zulässigen Zertifikate wird flexibel angepasst“. Die Zusammenfassung der IPCC-Kernbotschaften wurde federführend vom Bundesumweltministerium und der Deutschen IPCC-Koordinierungsstelle in Bonn, dem Umweltbundesamt und dem Bundesforschungsministerium herausgegeben. In einer weiteren Passage erweckt die offi-

zielle Wiedergabe den Eindruck, dass es für das Funktionieren des Emissionshandels „notwendig“ sei, hohe Preise für Emissionsrechte zu generieren. Diese Sichtweise liegt voll im Interesse des Umweltministeriums. Denn je höher die Erlöse aus der Versteigerung von Emissionsrechten, desto mehr Geld fließt in einen „Energie- und Klimafonds“, aus dem vor allem Projekte des Umweltministeriums finanziert werden.

„Das haben wir so nicht in den IPCC-Bericht geschrieben“, sagte auf Nachfrage dieser Zeitung Ottmar Edenhofer, der als Kovorsitzender der Arbeitsgruppe III an der Formulierung des UN-Reports mitgewirkt hat. „Grundsätzlich ist es nicht Aufgabe eines Emissionshandelssystems, hohe Preise zu erzeugen“, sagt Edenhofer. Für einen „Skandal“ hält der Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz (BVEK) die Interpretation des Berichts durch die deutschen Ministerien. „Wesentliche Aussagen des UN-Gremiums wurden geradewegs in ihr Gegenteil verkehrt“, kritisiert der BVEK-Vorsitzende Jürgen Hacker. „Dass sich das Bundesumweltministerium bei den CO₂-Preisen verspekuliert hat und nun Probleme mit der Finanzierung fester Subventionszusagen hat, ist alleiniges Problem desjenigen, der sich verzockt hat, nicht aber ein Problem des Emissionshandels.“

Bei der Deutschen IPCC-Koordinierungsstelle heißt es auf Nachfrage, es handele sich bei dem gemeinsamen Papier von Ministerien und Behörden „nicht um eine wortwörtliche oder gar offizielle Übersetzung des IPCC-Berichts“, sondern nur um „eine erste Erläuterung des Berichts in verständlicher Form“.



MONTAGE: WELT AM SONNTAG (IM REICH) / CORBIS

Die Klimatricks

Der jüngste Klimaschutzbericht der Vereinten Nationen entlarvt die deutsche Ökostrom-Förderung als nutzlos. Das hat niemand gemerkt. Denn die Bundesregierung hat die UN-Aussagen in der offiziellen Zusammenfassung grob verfälscht

Die deutschen Verbraucher haben erneuerbare Energien zwar mit dreistelligen Milliardensummen subventioniert. Doch dem Klimaschutz hat das nichts gebracht. So steht es sinngemäß, aber recht deutlich im jüngsten Klimaschutzbericht der Vereinten Nationen, der im April der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Gemerkt hat das bislang freilich niemand.

VON DANIEL WETZEL

Einer der Gründe dafür ist recht simpel: Die Bundesregierung hat den Befund der UN-Forscher in der offiziellen deutschen Zusammenfassung („Kernbotschaften“) schlicht unterschlagen. Weitere peinliche Passagen aus dem UN-Dokument wurden in der Zusammenfassung fast in ihr Gegenteil verkehrt.

Aber der Reihe nach: Am 14. April hatte der Weltklimarat der Vereinten Nationen seinen jüngsten und bis dato wichtigsten Bericht zum globalen Klimaschutz der Öffentlichkeit vorgestellt. Während es in den früheren Berichten des „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) um Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels ging, befasste sich der „Dritte Teilbericht zum Fünften Sachstandsbericht des IPCC“ mit den möglichen Gegenmaßnahmen.

Für politische Entscheider sind die Ratschläge des UN-Gremiums die größte Bedeutung. Sollen sie dem Klimawandel mit der Einführung von CO₂-Steuern begegnen? Sind Subventionen für erneuerbare Energien oder Atomkraft ratsamer? Oder bringt es im Kampf gegen den Treibhauseffekt mehr, wenn man einen Emissionshandel aufbaut, der Industrie und Kraftwerksbetreiber dazu zwingt, sogenannte Emissionsrechte zu erwerben, für jede Tonne Kohlendioxid, die sie in die Luft blasen wollen?

Über diese und ähnliche Fragen hatten sich 235 führende Wissenschaftler aus 58 Ländern vier Jahre lang intensiv Gedanken gemacht. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hörte denn auch aufmerksam zu, als IPCC-Chef Rajendra Pachauri und der Co-Vorsitzende der zuständigen IPCC-Arbeitsgruppe III, Ottmar Edenhofer, die Ergebnisse am 14. April im Auditorium Maximum der Technischen Universität Berlin vorstellten.

Nur: Zu einer tieferen Analyse des mehrerer Tausend Seiten reichen es bei der Präsentation natürlich nicht. Allein die „Technical Summary“ umfasst 60 Sei-

ten komplizierter Wissenschaftslyrik in Englisch. Und auch die vom IPCC gelieferte englischsprachige „Zusammenfassung für Entscheidungsträger“ blieb mit einem Umfang von 33 Seiten für Politiker mit eng getaktetem Terminplan noch eine Herausforderung.

Eine dankbarer Journalisten, Referenten und Umweltgruppen auf, dass die für den Klimaschutz zuständigen deutschen Bundesministerien und Behörden eine mit vier Seiten recht übersichtliche Zusammenfassung der „Kernbotschaften“ des IPCC-Berichts zur Verfügung stellen. Verantwortlich für die deutsche Zusammenfassung zeichneten gleich vier hochmögende Institutionen: Federführend das Umweltministerium, beteiligt sind ferner die Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle in Bonn, das Umweltbundesamt in Dessau und das Bundesministerium für Forschung und Bildung. Das Papier, sollte man meinen, ist für die Interpretation der IPCC-Befunde eine seriöse Quelle. Dass die ministerielle Zusammenfassung dem Originaltext in wichtigen Punkten nicht entspricht, ahnte niemand.

So stellt das IPCC in seinem Bericht die klimapolitische Sinnlosigkeit von Ökostrom-Subventionen innerhalb eines Emissionshandelssystems heraus: „Das Hinzu-Addieren einer CO₂-Minderungs-politik zu einer zweiten führt nicht notwendigerweise zu einer stärkeren CO₂-Reduktion“, heißt es in wörtlicher Übersetzung in der „Technical Summary“ der Vereinten Nationen: „In einem Emissionshandelssystem mit einer hinreichend strengen Deckelung haben andere Maßnahmen wie die Subventionierung erneuerbarer Energien keinen weiteren Einfluss auf den gesamten CO₂-Ausstoß.“

Damit bestätigt nun auch der Weltklimarat das, was der Wirtschaftsinformation des Bundeswirtschaftsministeriums, die Monopolkommission oder der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, seit Jahren sagen: Dem festen Deckel des europäischen Emissionshandels mit seiner genau abgezählten

Menge an Verschmutzungsrechten führen Ökostrom-Subventionen lediglich zu einer Verlagerung der CO₂-Emissionen, nicht aber zu ihrer Minderung.

Verdrängen Windparks zum Beispiel ein deutsches Kohlekraftwerk, steht der gesamte CO₂-Ausstoß der Anlage in Form von Emissionsrechten dem Markt wieder zur Verfügung. Das Angebot wird also größer, andere europäische Kraftwerksbetreiber können sich entsprechend billiger aus diesem frei gewordenen Gutschein-Kontingent bedienen. Die in Deutschland vermiedenen CO₂-Emissionen werden dann jenseits der Grenzen von jemand anders in die Luft geblasen. Entscheidend für den Klimaschutz ist einzig, dass die Gesamtmenge aller in Europa verteilten Verschmutzungsrechte in keinem Fall überschritten werden kann.

Doch dieses klare Urteil des IPCC über die klimapolitische Sinnlosigkeit von Ökostrom-Subventionen bei gleichzeitigem Emissionshandel taucht in der deutschen Zusammenfassung nicht auf. Die einzige Bemerkung zu diesem Komplex liest sich hier völlig anders: „Der Emissionshandel beeinträchtigt die Wirkung anderer Maßnahmen, es sei denn, die Anzahl der zulässigen Zertifikate wird flexibel angepasst.“

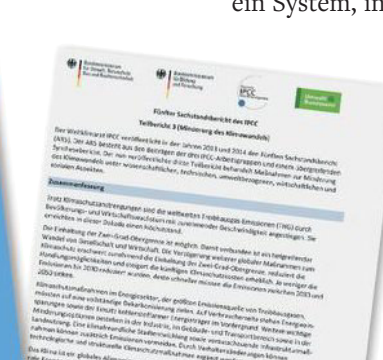
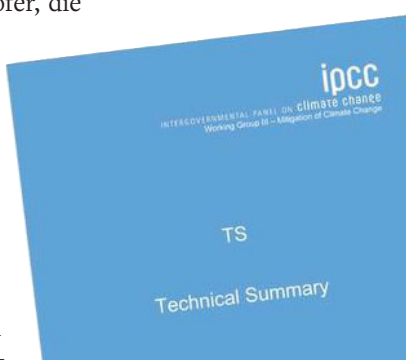
Der Unterschied ist deutlich: Die Vereinten Nationen erklären den Emissionshandel zu einem probaten Instrument, der Subventionen für erneuerbare Energien überflüssig macht. Die deutsche Übersetzung dreht den Spieß um und macht den Emissionshandel zum Übeltäter, der angeblich „die Wirkung anderer Maßnahmen beeinträchtigt“.

Fragwürdig ist auch, was die Vereinten Nationen – angeblich – zur Ausgestaltung des Emissionshandels selbst sagen: „Für den Erfolg von Emissionshandelsrechten ist es notwendig, ausreichend hohe Preise für Emissionszertifikate zu erreichen, um Anreize für einen kohlenstoffarmen Energieträger zu bieten“, heißt es in der Zusammenfassung der Bundesregierung. Deshalb müsse die Anzahl der handelbaren Emissionsrechte auch „flexibel angepasst“ werden.

Mit dieser Darstellungsverfälschung der deutschen Behörden die Aussagen des IPCC-Berichts in ihr Gegenteil. Denn der Emissionshandel ist per Definition ein System, in dem eine Anzahl frei han-

delbarer Emissionsgutscheine vorgegeben wird, sodass sich für diese Verschmutzungsrechte freie Marktpreise ergeben können. Aus diesem System fester Mengen und flexibler Preise macht die deutsche

Inhaltlich nicht deckungsgleich: Das Original der UN (1.) und die „Kernbotschaften“ der Bundesregierung



Fortsetzung auf Seite 28

Die Klimatricks

Fortsetzung von Seite 27

Übersetzung ein System flexibler Mengen, um möglichst hohe Preise für Emissionsrechte erzwingen zu können.

Das läuft dem Wirkungsprinzip des Emissionshandels geradewegs zuwider: Denn die Forderung nach „flexibler“ Anpassung der handelbaren Mengen an Emissionsgutscheinen steht in direktem Widerspruch zur Aussage des IPCC-Berichts, wonach die Maximalzahl an Emissionsgutscheinen „bindend“ sein müsse.

Die Aussage, dass hohe CO₂-Preise für den Erfolg des Emissionshandels „notwendig“ seien, wie die deutsche Übersetzung glauben machen will, findet sich im Original nirgendwo. Grundsätzlich, und das ist ja gerade der große Vorteil des Emissionshandels, werden die gesetzten CO₂-Ziele selbst dann erreicht, wenn sich am Markt niedrige Preise für Emissionszertifikate ergeben. Klimaschutz kann eben auch billig sein, wenn man Marktmechanismen walten lässt. Dass sich die EU von vornherein nur relativ anspruchslose CO₂-Minderungsziele gesetzt hat, ist dem Emissionshandel nicht anzulasten: Das Instrument selbst funktioniert deshalb nicht minder gut.

Das Umweltministerium verwies bei einer Anfrage auf die Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle. Dort wiegelt man ab. Bei den „Kernbotschaften“ handele es sich „nicht um eine wortwörtliche oder gar offizielle Übersetzung des IPCC-Berichts“, sagt eine Sprecherin über das Papier, auf dem die Logos von Umweltministerium, Forschungsministerium und Umweltbundesamt zu sehen sind. Es handele sich um „eine erste Erläuterung des Berichts in verständlicher Form“. Die getroffenen Aussagen seien aus verschiedenen Passagen des UN-Berichts „abgeleitet“ worden. „Auch sollte berücksichtigt werden, dass die ‚Kernbotschaften‘, die in enger Zusammenarbeit mit Autoren des IPCC-Berichts erarbeitet wurden, Aussagen des Berichts nur in stark verkürzter Form widerspiegeln können.“

Die Wissenschaftler des IPCC allerdings reagieren ausgesprochen verwundert, als sie von der „Welt am Sonntag“ mit der deutschen Übersetzung ihrer Kernbotschaften konfrontiert wurden. „Das haben wir so nicht in den IPCC-Bericht geschrieben“, stellt Ottmar Edenhofer fest, der als Ko-Vorsitzender der Arbeitsgruppe III an der Formulierung des Originalreports der UN federführend mitgewirkt hat. „Grundsätzlich ist es nicht Aufgabe eines Emissionshandelssystems, hohe Preise zu erzeugen.“ „Maßgeblich ist der englische Originaltext“, sagt Edenhofer, der auch stellvertretender Direktor und Chefökonom des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) ist. Was dann „die Ministerien oder andere Institutionen daraus machen, liegt nicht in meiner Hand“.

Für einen „Skandal“ hält der Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz (BVEK) die Interpretation des IPCC-Berichts. „Wesentliche Aussagen des UN-Gremiums wurden geradewegs in ihr Gegenteil verkehrt“, kritisiert Verbandschef Jürgen Hacker: „Die Forderung nach möglichst hohen CO₂-Preisen haben mit den Aussagen im UN-Bericht überhaupt nichts zu tun, entsprechen aber sehr gut der Interessenlage des Bundesumweltministeriums.“

Tatsächlich bringt der jüngste Verfall der CO₂-Preise das Umweltministerium in Schwierigkeiten. Denn durch die Versteigerung der Emissionsgutscheine sollte eigentlich ein milliardenschwerer „Energie- und Klimafonds“ angefüllt werden, aus dem dann mehrere Umweltprogramme des Ministeriums von Barbara Hendricks finanziert werden sollten. Weil die Erlöse aus den Auktionen niedriger als erwartet ausgefallen sind, ist das Ministerium gezwungen, für die Erfüllung seiner Zusagen auf Steuergelder zurückzugreifen.

Das Umweltministerium dürfe durchaus der Meinung sein, dass Subventionen für erneuerbare Energien trotz funktionierendem Emissionshandels sinnvoll seien oder dass Emissionshandel nur bei künstlich erhöhten CO₂-Preisen funktioniert. „Nur eines darf das Ministerium nicht“, findet Hacker: „Es darf der Öffentlichkeit nicht vortäuschen, dass dies auch die Meinung des IPCC der Vereinten Nationen sei.“